

Die transatlantische Fairhandelsalternative

Wege in den europäisch-amerikanischen Postkapitalismus

von Harald Lemke

Die Forderung nach einer zukunftsfähigen Wirtschaftspolitik, die der epochalen Transformation von der Free Trade Ära in die Fair Trade Zukunft dient, wächst allerorts. Noch nie gab es so viel Widerstand aus breiten Bevölkerungsschichten. Nicht nur, wie üblich, von den eher linken Gruppierungen der seit einigen Jahren aktiven Antiglobalisierungskritiker. Über diese weltweit zunehmende Protestbewegung hinaus stimmen inzwischen diverse Initiativen auch aus der Mitte der Gesellschaft¹ in den lauter werdenden Abgesang der geplanten Ausweitung der herrschenden Freihandelspolitik ein: Ob nun in der Gestaltung von TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) im Rahmen eines Trans-Atlantic Free Trade Agreement (TAFTA) oder als CETA (Comprehensive Economy and Trade Agreement zwischen EU und Kanada oder durch das TPP (Transpacific Partnership) zwischen USA und Japan.

Die zunehmende Forderung nach einer verantwortungsbewussten Wirtschaftspolitik spiegelt sich in der Tatsache wider, dass eine stetig größer werdende 'kritische Masse' an Bürgerinnen und Bürgern diesseits und jenseits des Atlantiks längst ihr tägliches Verhalten *als Verbraucher (Käufer von Nahrungsmitteln)* nutzt, um politische Veränderungen zu bewirken. Sie machen ihre Entscheidung, beispielsweise Lebensmittel — Hühnchen oder anderes Fleisch, ob nun (im Chlorbad desinfiziert) aus US-amerikanischen oder aber (anders schlecht behandelt) aus europäischen Tierfabriken — zu kaufen, von möglichst hohen Standards abhängig. Sie sind zunehmend willens, regionale Bio-Lebensmittel zu wählen — auch zu höheren fairen Preisen. Viele gehen noch einen entscheidenden Schritt weiter in der täglichen Politik ihres Essens: Sie essen aus tierrechtlichen, umweltschützerischen, gesundheitlichen und zukunftsethischen Gründen weniger oder gar kein Fleisch mehr.²

¹ So haben sich beispielsweise unterschiedliche Institutionen und Organisationen, wie die Akademie der Künste, der Deutsche Kulturrat, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die IG Metall, Verdi, der Verbraucherzentrale Bundesverband, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft, der Deutsche Naturschutzring, Transparency Deutschland, der Deutsche Städtetag, die AWO und der Paritätische Gesamtverband als "Initiativgruppe für verantwortungsvolle Handelspolitik" zusammengeschlossen, um ihre gemeinsame Kritik am Freihandelsabkommen TTIP kundzutun.

² Siehe dazu ausführlicher: Harald Lemke, *Darf es Fleisch sein?*, in: Hirschfelder et al., *Was der Mensch essen darf? Ökonomische Zwänge, ökologisches Gewissen und globale Konflikte*, 2015, 49-

Aus den sich allmählich verändernden Konsumgewohnheiten und aus den historischen Anzeichen einer Ernährungswende von unten leitet sich die Notwendigkeit einer zukunftsfähigen Wirtschaftspolitik ab, die Schluss macht mit dem neoliberalen TTIP-Kapitalismus, der lediglich noch mehr Wachstum und Freihandel zur Folge hätte. Insofern muss es niemanden wundern, wenn deutsche Nichtregierungsorganisationen in einem gemeinsamen Statement kundgeben: „Eine Antwort auf die eigentlichen Fragen gibt TTIP nicht: Wie wollen wir leben? Was ist ‘gutes Leben’ ohne die Ausbeutung von Mensch, Tier und Umwelt? Wie können wir in den ökologischen Grenzen des Planeten wirtschaften und dabei gute, fair bezahlte Arbeit sichern? Wie können wir Ernährungssouveränität für alle erreichen?“³

Ein Ziel des Welthandels und Wohlstands: Gutes Essen für Alle

Seit Jahren ruft ein breit aufgestelltes Bündnis von Initiativen unter dem Motto: „Wir haben Agrarindustrie satt! Gutes Essen. Gute Landwirtschaft. Für Alle!“ zur Demonstration durch Deutschlands Hauptstadt auf.⁴ Auch diese Demonstranten und Konsumenten, wie viele bei anderen Gelegenheiten, fordern eine gerechte und global verantwortliche Agrar- und Ernährungspolitik. Zwar ist die Landwirtschaft ein Bereich, der in der allgemeinen Wahrnehmung gewöhnlich am wenigsten mit internationaler Wirtschaftspolitik assoziiert wird. Doch gerade anhand der Nahrungsproduktion und unseres täglichen Essens wird deutlich, dass es eine Alternative zur veralteten Freihandelsdoktrin gibt. Dass es eine gute Lebenspraxis — die Alltagspraxis eines guten Essens — gibt, die dem Gemeinwohl gerecht wird.

Ähnlich wie sich in den zurückliegenden drei Jahrzehnten die technologischen und ökonomischen Alternativen für eine nachhaltige Produktionsweise von erneuerbarer Energie herausgebildet haben, ebenso ist inzwischen dank unzähliger Studien und Forschungsarbeiten von Wissenschaftlern (etwa des Weltagrarberichts) genügend Wissen über die Techniken und Praktiken einer zukunftsgerechten Nahrungsproduktion vorhanden. Millionen von Menschen — Bauern, Produzenten, Konsumenten — rund um den Erdball praktizieren die

62.

³ TTIP — NEIN DANKE! Positionspapier deutscher Nichtregierungsorganisationen zum geplanten Freihandels- & Investitionsabkommen EU — USA (TTIP); Internetquellen.

⁴ Das “Wir haben es satt!” Bündnis besteht aus Organisationen, Initiativen und Projekten, die sich gemeinsam für eine zukunftsfähige Landwirtschaft und Ernährung einsetzen. Mit dabei sind Bauern, Imker, Natur-, Tier- und Verbraucherschützer, Entwicklungsorganisationen und Erwerbsloseninitiativen.

Ernährungswende bereits. Sie führen tagtäglich den empirischen Beweis, dass es eine weltgesellschaftliche Alternative zu einer gastrokapitalistischen Wirtschaftsordnung gibt, der es fortgesetzt misslingt, die Freiheit des globalen Handels mit dem Wohl aller — aller Menschen und aller von ihr genutzten Tiere und Ressourcen der Erde — in Einklang zu bringen. Um das Menschenrecht auf Nahrung, um gesundes und bezahlbares Essen für jeden, um Marktregeln und faire Preise für bäuerliche Erzeugnisse, um artgerechte Tierhaltung, um Saatgutvielfalt, regionale Futtermittelerzeugung sowie Zugang zu bewirtschaftbarem Land weltweit für alle — um diese Forderungen und Rechte durchzusetzen, kann die europäische Union und allen voran die deutsche Regierung ihr politisches Gewicht für das Zustandekommen einer *Transatlantischen Fairhandelsalternative* nutzen. Nicht TAFTA, kein Trans-Atlantic Free Trade Agreement, sondern ein Trans-Atlantic Fair Trade Agreement *oder Alternative-TAFTA* muss das ambitionierte und einzig sinnvolle Ziel der laufenden Gespräche sein.

Zwar hat sich die EU-Kommission im Verlaufe des Jahres 2014 die Europäische Bürgerinitiative gegen CETA und TTIP noch ins Leere laufen lassen mit der schwachen Begründung, sie könne ihr ursprüngliches Verhandlungsmandat (für noch mehr Freihandel zu sorgen) nicht stoppen. Doch die offene Frage ist, ob sie tatsächlich an einer Politik festhalten und diese durchsetzen kann, die sich über die Forderungen des demokratischen Souveräns hinwegsetzt? Innerhalb weniger Monate hat die besagte Europäische Bürgerinitiative die Unterstützung von über einer Million Menschen gesammelt. Bis zum Herbst 2015 können es zwei Millionen werden. Mit anderen Worten: Durch die rasant zunehmende Ablehnung innerhalb der europäischen Bevölkerung kann der Widerstandsbewegung gegen die internationalen Handels- und Investitionsverträge TTIP und CETA das gelingen, was der zahlenmäßig weit kleineren Anti-WTO-Demonstration schon einmal im gefeierten Battle of Seattle (2001) gelungen ist: die Unterbrechung der Verhandlungen und die Verhinderung weiterer Freihandelspolitik.

Es sei kurz daran erinnert: Wegen der bislang von EU und USA verfochtenen Globalisierungspolitik ist es unter den Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation (WTO) trotz zahlreicher Verhandlungsrunden letztlich zu keiner Einigung gekommen. Aufstrebende Regierungen des globalen Südens halten den reichen Ländern entgegen, mithilfe der Freihandelsdoktrin primär ihre eigenen wirtschaftlichen Vorteile und ihren Wohlstand zu sichern aufkosten aller anderen, vor allem den ärmsten Gruppen der Weltbevölkerung.

Fest steht, dass längst auch in der internationalen Politik die Zukunftstauglichkeit einer Wirtschaftsordnung bezweifelt wird, die dafür sorgt, dass gerade in so genannten Entwicklungsländern viel fruchtbares Ackerland verschwendet wird, um Kaffee, Tee und andere Genussmittel für den Export nach Europa oder in die USA anzubauen, anstatt für die Versorgung der eigenen Bevölkerung zur Verfügung zu stehen. Insofern verstärken sich die weltgesellschaftlichen Kräfte und Interessen, die das Ende dieses Schuldendienstes der Armen an den Reichen fordern.

Trotz der weltweit wachsenden Widerstände, nun diese neoliberale Politik über den strategischen Umweg einer zunächst bilateralen Vereinbarung in Form des TTIP fortsetzen und dann endgültig als völkerrechtliche Norm, die für alle Volkswirtschaften gelten, durchsetzen zu wollen, scheint ein kurzsichtiger Versuch der ehemaligen kolonialen Weltmächte zu sein. Die Welt hat sich in dem kurzen Zeitraum von 1995 bis 2015 dramatisch verändert. Die Machtverhältnisse in den internationalen Handelsbeziehungen haben sich verschoben. Spätestens mit dem historischen Scheitern der WTO-Verhandlungen Mitte 2014 durch das Veto Indiens ist die Zukunft einer weltweiten Weiter-so-Politik endgültig zu Fall gebracht.

Transatlantische Ansätze und Fortschritte

Wenn die gemeinsame Wirtschaftspolitik von USA und EU wirklich der Mehrung unseres Wohlstandes und der Verbesserung unserer Lebensweise dienen soll — wenn dies das eigentliche Ziel ist, dann muss die Tagesordnung der laufenden Verhandlungen geändert werden: Nicht der Stopp der Verhandlungen ist zu fordern, sondern deren Ausrichtung auf eine politische Ökonomie, die ohne die Ausbeutung von Mensch, Tier und Umwelt auskommt und innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten wirtschaftet, die fair bezahlte und gesellschaftlich notwendige Arbeit bietet und Ernährungssouveränität für alle beinhaltet. Die amerikanische und die europäische Regierungen haben nun — von einer kritischen Masse des demokratischen Souveräns unter Druck gesetzt — die historische Chance, sich zunächst untereinander auf ein solches alternatives TAFTA-ANDERS-Regelwerk zu verständigen, das der veränderten Weltlage Rechnung trägt.

Statt also die EU-Kommission von weiteren Gesprächen abzubringen, muss die dringend notwendige Neuausrichtung des Handels ins Zentrum rücken. Die Verhandlungsführer

können dafür zahlreiche Ansätze sowohl seitens der Obama-Regierung als auch seitens der EU-Kommission aufgreifen und weiter entwickeln. Zum Beispiel: Ein wirtschaftspolitischer Kurswechsel zu höheren Verbraucherstandards und strikteren Sanktionen gegen Wirtschaftskriminalität gibt beispielsweise die amerikanische Politik vor. Das 2011 in Kraft getretene Gesetz über die Modernisierung der Lebensmittelsicherheit ermächtigt die Kontrollbehörde Food and Drug Administration, kontaminierte Nahrungsmittel sofort vom Markt zu nehmen. Im Unterschied dazu dürfen in Europa die staatlichen Behörden lediglich entsprechende Beanstandungen bekannt geben, so dass die betreffenden Unternehmen ungestraft davon kommen. Durch den öffentlichen Protest gegen Chlorhühnchen ist der pauschale Eindruck entstanden, dass die europäischen Lebensmittelstandards höher seien als in den USA. Doch in manchen Regulierungen sorgt sich der US-Gesetzgeber bereits weit mehr um das Wohl und die Rechte der Verbraucher.

Ein Kurswechsel in Richtung einer besseren Agrarpolitik leitet auch der Agriculture Act of 2014 ein. Der so genannte Farm Bill beschleunigt das historische Ende des Jahrzehnte alten Systems, großindustrielle Produktion mit öffentlichen Zahlungen zu bezuschussen. Die enormen Geldsummen, die großzügig an lobbystarke Agrarkonzerne ausgezahlt wurden, können in Zukunft sinnvoller eingesetzt werden. Beispielsweise dafür, dass die 50 Millionen ärmsten US-Bürgerinnen und -Bürger nicht weiter von Lebensmittelbeihilfen (Food Stamps) leben müssen.⁵ Gleichzeitig lässt der US-Präsident staatliche Investitionen fortan — anders als in der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU — verstärkt in Förderprogramme für den biologischen Anbau fließen. Obamas neue Landwirtschaftspolitik setzt damit ausdrücklich Forderungen der Organic Trade Association um.

Auf erste Vorstöße in der Wende zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise und zu mehr Ernährungssouveränität (d.i. der Wechsel von globaler Exportproduktion zu mehr lokaler Selbstversorgung) kann sich auch die EU-Kommission besinnen. Zwar hat die jüngste Reform der europäischen Agrarpolitik nur kleinste Verbesserungen auf den Weg gebracht. Doch ein bemerkenswerter Vorschlag wurde jüngst vom österreichischen Landwirtschaftsminister zur Diskussion gestellt: Statt Flächen, die gemäß der aktuellen Reform zur 'Ökologisierung' ('Greening') stillgelegt werden sollen, ist der Vorschlag, diese Äcker für den lokalen Anbau von Eiweißpflanzen zu nutzen. Eine solche europaweite 'Eiweißstrategie' zu mehr agrarischer

⁵ Joseph E. Stiglitz, The Insanity of Our Food Policy, New York Times, 16. November 2013

Selbstversorgung ermöglicht die Abkehr von einer auf Futtermittelexporten spezialisierten Landwirtschaft auch in anderen Teil der Welt, insbesondere in Nord- und Südamerika.⁶

Das globale Huhn und seine Folgen

Vereinbart Europa mit den USA die wirtschaftspolitischen Bedingungen für eine globale Ernährungswende, wird man sich nicht nur auf das Verbot des Handels mit Chlorhühnchen verständigen. Die EU leitet dann ebenso konsequent das Verbot ihrer eigenen Hühnchen-Exporte und Geflügel-Großindustrie ein. Denn es gibt wenig Grund, auf die europäischen Standards allzu stolz zu sein. Zwar verbieten sie seit 2012 beispielsweise die Käfighaltung von Legehennen — ein höherer Standard als in den USA. Dort haben diese Tiere bislang keinerlei Rechte. Doch bislang sorgen gerade Deutschland, Frankreich und die Niederlande als großindustrielle Hühnchenfleischreste-Exporteure für die Verdrängung von kleinen Geflügelbetrieben in vielen afrikanischen Ländern. Weil etwa Südafrika mit der EU ein Handelsabkommen abgeschlossen hat, muss es Fleischimporte zollfrei einführen. Die Folge: Geflügelkonzerne in Deutschland steigerten ihre subventionierten Ausfuhren seit 2010 um 625 Prozent — und die Branche in Südafrika mit einst 100.000 Arbeitsplätzen steht vor dem Aus. Ähnlich ist es anderen Volkswirtschaften Afrikas wie Kamerun oder Ghana ergangen.⁷ Doch auch dort hat sich eine massive Anti-Hühnchen-Protestbewegung formiert, die unter dem Slogan “Kein chicken schicken!” eine andere Handelspolitik seitens der EU fordert.

⁶ Freilich führt eine solche agrarische ‘Eiweißstrategie’ zu mehr Ernährungssouveränität erst, wenn sie mit einer kulinarischen ‘Fleischstrategie’ verbunden ist: Gute Agrarpolitik funktioniert nur in Verbindung mit einer ganzheitlichen Politik des Essens, die beim alltäglichen Ernährungsverhalten ansetzt. Eine europaweite Fleischstrategie wäre daher eine vielversprechende Initiative. Sie diene dem Schutz der Verbraucher vor den allgegenwärtigen und bislang politisch geförderten Anreizen zu einem schädlichen Überkonsum von Billigfleisch. Mit Blick auf die lebensgefährlichen Beschädigungen des gesundheitlichen Wohls und der nachweislichen Beeinträchtigung kulinarischen Genusslebens sollte der Tatbestand, dass die Verbraucher in den USA und der EU Chlorhühnchen, Klonfleisch sowie Milchprodukte von mit gentechnisch erzeugten Futter gemästeten und mit Wachstumshormonen gedopten Turbo-Kühen usw. essen ‘müssen’, nicht länger legal sein und nicht weiter gesellschaftlich verharmlost werden, sondern im Gegenteil als eine Menschenrechtsverletzung gelten. Zu den damit verbundenen physischen und psychischen Beschädigungen (der inneren Natur der eigenen Person) kommen Klima- bzw. Umweltschäden (der äußeren Natur des ganzen Planeten) sowie die eklatante Unwirtschaftlichkeit und Nicht-Nachhaltigkeit der kapitalistischen Fleischproduktion hinzu, die die Rechte der kommenden Generationen massiv verletzt und insofern eine extreme Form zwischenmenschlicher Ungerechtigkeit darstellt.

⁷ Franciso Marí und Rudolf Buntzel, Das globale Huhn. Hühnerbrust und Chicken Wings — Wer isst den Rest? 2007; Stig Tanzmann, Das globale Huhn und seine Folgen, in: Hirschfelder et al., Was der Mensch essen darf? 2015, 333-344.

Freilich spielt der Lebensstil und das Kaufverhalten der europäischen Konsumenten dabei eine entscheidende Rolle. Wir erinnern uns: In Europa veränderten sich in den neunziger Jahren als Folge des BSE-Skandals und anderer Krisen auf dem Fleischmarkt (Antibiotika und Dioxin in Futtermitteln) die Essgewohnheiten. Viele vermieden Rindfleisch und begannen, mehr Geflügel zu essen. Seit Mitte der 1990er Jahre kursierten vermehrt Rezepte mit Hähnchenbrust. Mit Aufkommen der Fitnesswelle wurde mageres Filetfleisch mit wenig Haut und Fett populärer. In Plastik verhüllte ganze Tiefkühlhühner verschwanden aus den Supermärkten. Inzwischen wird Hühnerfleisch überwiegend in Teilen verkauft, frisch, als Fertiggericht oder für Fastfood-Ketten. Alle essen nur die Hähnchenbrust oder Schlegel — der Rest wird mithilfe des Freihandels entsorgt. Bislang jedenfalls.

Nutzt die EU die wirtschaftspolitischen Verhandlungen mit den USA, um gemeinsam als Vorkämpfer eines fairen Handels wieder zu führenden Weltmächten zu werden, muss gerade auch die deutsche Regierung die Standards ihrer bisherigen Hühnerpolitik drastisch erhöhen. Seit einigen Jahren wird hierzulande der Bau und der Betrieb von riesigen Fleischproduktionsstätten für den weltweiten Export gefördert — obwohl diese Überproduktion nur mithilfe von steuerfinanzierten Stützzahlungen auf dem Weltmarkt verramscht werden kann und in anderen Ländern als unfaire Billigkonkurrenz die besagten gesellschaftlichen Schäden verursacht. In vielen belegten Fällen sind hier die Standards des europäischen Lebensmittelrechts besonders niedrig. So genehmigt die geltende Hygieneverordnung für den Fleischexport trotz eines voraussehbar hohen Gesundheitsrisikos durch Krankheitserreger den Verkauf von gefrorenen Produkten in Länder, wo keine sichere Kühlkette existiert.

Um in den laufenden Verhandlungen zu einer radikalen Umkehr der Freihandelslogik hin zur Philosophie und Ethik eines fairen Handels zu gelangen, kann die deutsche Regierung den „Empfehlungen zur EU-Agrarpolitik nach 2013“ nachkommen. Denn der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik des Deutschen Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfiehlt, den gesamten Politikbereich Landwirtschaft, Lebensmittel und Ernährung grundlegend neu zu konzipieren.⁸ Folgt die EU diesem Rat, findet das Leitbild einer neuen Gastropolitik endlich Eingang in ein internationales Handelsabkommen. Einzig und allein die globale Ernährungswende kann zahlreiche Probleme wie Armut und Hunger,

⁸ EU-Agrarpolitik nach 2013: Plädoyer für eine neue Politik für Ernährung, Landwirtschaft und ländliche Räume, vorgelegt vom Wissenschaftlichen Beirat für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Berlin 2010.

Klimaerwärmung, Artensterben, Wasserknappheit, Migration und Konflikte, gesundheitliche Beeinträchtigung und tödliche Erkrankungen (Diabetes, Krebs, Fettleibigkeit, Demenz, Antibiotika-Resistenzen) aus der Welt schaffen. Mehr noch als die Energiewende ist die Ernährungswende eine der dringlichsten Herausforderungen der Politik unserer Zeit. Die Energieinitiative sowie die Koalition für erneuerbare Energien, die auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg ins Leben gerufen wurden, sind Vorschläge und Fortschritte, die belegen, dass die EU eine Führungsrolle in der Weltpolitik übernehmen kann und für die Durchsetzung von UN-Zielen bereit ist. Erklärtermaßen wünscht sich die EU, im Rahmen der Vereinten Nationen (UNO) zur „ständigen Verbesserung der Weltordnungspolitik“ beizutragen.⁹ So kann ihr Einfluss bei der Umsetzung internationaler Verpflichtungen durch die EU-Mitgliedstaaten und die Drittländer, die ihre Partner sind, von entscheidender Bedeutung sein.

Vereinte Staaten und Europa: Weltmächte der Zukunft?

Stellen wir uns also für einen Augenblick vor, dass die europäische Staatengemeinschaft die Zeichen der Zeit wahrnimmt und sich in Kooperation mit ihrem großen Partner für eine ethische Wende in der Wirtschaftspolitik entscheidet: Die transatlantische Freihandelsalternative (TAFTA-ANDERS) ist ihr gemeinsames Projekt einer grenzenlosen Zusammenarbeit, die dem Gemeinwohl dient anstatt der Profitlogik von Konzernen. Der Vertrag leitet den epochalen Beginn einer postkapitalistischen Wirtschaftsweise ein: einer politischen Ökonomie, die Ökonomie mit Nachhaltigkeit, Handel mit Gerechtigkeit, Güterproduktion mit Regionalität, Wohlstand mit Menschenrechten, Profit mit Benefit verbindet. Welche anderen demokratischen Regierungen, wenn nicht die der beiden mächtigsten Volkswirtschaften der Welt, sind in der Lage, diese neuen Spielregeln des Handels einzuführen?

Die Europäer zusammen mit den Vereinigten Staaten haben die historische Chance — und auch die weltgesellschaftliche Verantwortung —, sich wirtschaftspolitisch für mehr Gerechtigkeit und eine bessere Zukunft für alle einzusetzen. Wenn die deutsche Regierungschefin als Ziel der transatlantischen Kooperation eine neue Weltordnungspolitik vorschwebt, dann darf das nur diesen Sinn haben. Nur von solchen Regierungen und nur von einer solchen Politik, deren Handlungsmaxime dieser kosmopolitischen Ethik entsprechen,

⁹ Mitteilung der EU-Kommission an den EU-Rat und das Europäische Parlament, „Die Europäische Union und die Vereinten Nationen: ein Plädoyer für den Multilateralismus“, Brüssel 2003.

geht eine akzeptable humane Weltmacht aus. Die Weltmächte der Zukunft stellen sich nicht in der machtpolitischen Durchsetzung von neoliberalen Wirtschaftswachstum, geopolitischer Dominanz, militärischer Stärke und neuer (Antiterror-) Kriegsführung unter Beweis, sondern dadurch, dass sie zur transnationalen Lösung der akuten Weltprobleme beitragen. Und zwar mithilfe der friedlichen und friedensstiftenden Nutzung des (eines fairen, zukunftsfähigen) Handels. Wenn sie sich darauf einigen, dass die Auslandsschulden der Länder des Südens einerseits sowie die Subventionen für Agrargüter aus den Industrieländern andererseits gestrichen werden, und jeder Volkswirtschaft das Recht gewährt wird, ihre Hühner und andere (lokal produzierbare) Lebensmittel möglichst selbst zu erwirtschaften, wären wichtige Voraussetzungen erfüllt, um weltweit die Ernährungssouveränität sogar einer rasant wachsenden Weltbevölkerung zu gewährleisten.

Tatsächlich hat die EU bereits erklärt, durch die verbesserte Koordinierung und Zusammenarbeit auf internationaler Ebene die Verwirklichung konkreter globaler Aufgaben vorantreiben zu wollen, insbesondere der nachhaltigen Entwicklung, der Verringerung der Armut sowie der Verpflichtungen und Maßnahmen für Frieden, Sicherheit und Menschenrechte. Dafür beteiligt sich die EU aktiv an der institutionellen Reform der UNO und gestaltet mit ihrer Politik die Zukunft der multilateralen Beziehungen und sorgt für einen europäischen Einfluss auf die Arbeiten der UNO.

Insofern bleibt ein bilaterales Handelsabkommen mit der USA letztlich die zweitbeste Lösung. Eine multilaterale Vereinbarung etwa in Gestalt einer UN-Welthandelsorganisation muss folgen, weil eine weltweit einheitliche Wirtschaftsordnung die Komplexität und die Konflikte reduziert, die durch viele, untereinander nicht abgestimmte, bilaterale Handelsabkommen zwangsläufig entstehen. Vor allem aber erlangt die transatlantische Wirtschaftsethik erst dadurch ihre notwendige internationale Legitimation, dass die EU und die USA auf der Ebene zwischenstaatlicher Institutionen wie der UNO weitere Zustimmung für die neue Philosophie eines fairen Welthandels gewinnen.

Innerhalb der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) haben die beiden ehemaligen Führungsmächte, zusammen mit Kanada und Japan, bislang die Bemühungen einiger Regierungen des Südens um ein Programm zur Förderung von Land- und Agrarreformen, etwa im Sinne der Konvention zum Schutze der Rechte der Bauern sowie der Sicherung der Ernährung insbesondere der ärmsten Bevölkerungsgruppen, blockiert. Und das,

obgleich sich alle FAO-Mitgliedstaaten 2004 auf das Recht auf Nahrung einstimmig geeinigt haben. Doch nur durch den völkerrechtlich garantierten und staatlich gewährleisteten Zugang der ländlichen Armen zu produktiven Ressourcen wie Land, Wasser, Saatgut, Bildung, kann den Hunger in den Entwicklungsländern verhindert werden; nur durch die Förderung der arbeitsintensiven kleinbäuerlichen Nahrungsproduktion und Ernährungssouveränität weltweit, sind nachhaltige Entwicklung, Frieden, Menschenrechte und Wohlstand für alle möglich. Entsprechende globale Maßnahmen umzusetzen, kann die EU in Zukunft zu einem wichtigen Aufgabenfeld ihrer Politik machen. Um ihrem verstärkten Engagement für eine bessere Weltpolitik nachzukommen, ist sie moralisch verpflichtet, vor allem die USA dazu zu drängen, endlich den Internationalen Pakt Nr. 1 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte zu ratifizieren. (Artikel 11 schreibt das Recht aller Menschen auf Nahrung fest.) Und warum sollten die Regierungschefs aus den USA und der EU nicht im Rahmen einer von der FAO organisierten UN-Welternährungskonferenz 2020, vielleicht in Zusammenarbeit mit einer neu gegründeten *Welthandelsorganisation der Vereinten Nationen* (UN-WTO) für ihre Fairtrade-Agenda werben.¹⁰

Begreifen die europäischen Regierungschefs und EU-Ratsmitglieder die massive Ablehnung der geplanten Freihandelspolitik seitens der Bürger als demokratischen Auftrag zu einer grundlegenden Kurskorrektur, dann ergibt sich daraus auch ein starkes Mandat für die Zukunft einer postkapitalistischen Wirtschaftsweise. Ein transatlantisches Fair-Trade-Abkommen kann, insbesondere als Instrument zur Förderung einer umweltfreundlichen Landnutzung, als Vorlage dazu dienen, dass das bereits existierende Umweltprogramm der Vereinten Nationen und die multilateralen Umweltübereinkommen größeres Gewicht in den globalen Wirtschaftsbeziehungen bekommen. Auch in dieser Hinsicht bietet das globale Huhn und das globale Agrobusiness der EU-Politik einen passenden Anlass, für eine Verbesserung der Weltordnung zu sorgen. Die Geflügelindustrie ist, wie alle anderen Sektoren der Lebensmittelindustrie auch, in einem Ausmaß konzentriert, industrialisiert und globalisiert wie kaum ein anderer Agrarbereich. Mehr davon in Form von TTIP braucht niemand in der Welt außer transnational agierende Konzerne. Sich ihren Herrschaftsansprüchen und ihren ausschließlich auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Interessen zu Wehr zu setzen, muss das demokratische Ziel der EU-US-Wirtschaftspartnerschaft sein. Allein die 200 größten Agrokonzerne kontrollieren rund ein Viertel der weltweiten Lebensmittelerzeugung. Zehn Unternehmen, darunter Aventis, Monsanto, Pioneer und Syngenta, beherrschen ein Drittel des

¹⁰ Zur Idee einer solchen UN-Initiative für die globale Ernährungswende siehe: Harald Lemke, *Über das Essen. Philosophische Erkundungen*, 2014, 198f.

Saatgutmarktes (ca. 8 Milliarden Dollar pro Jahr), 80 Prozent des Pestizidmarktes, den man auf 28 Milliarden Dollar schätzt. Sechs Unternehmen (u.a. Bayer, BASF, DuPont) teilen 77 Prozent des Düngermarktes unter sich auf. Sechs Unternehmen beherrschen rund 85 Prozent des Welthandels mit Getreide, acht teilen 60 Prozent des Weltkaffeehandels und ebenfalls drei 71 Prozent des Bananenhandels. Zehn Konzerne, darunter Cargill, kontrollieren 57 Prozent des Absatzes der dreißig größten Einzelhandelsketten der Welt und kommen auf 37 Prozent der Einnahmen, die die hundert größten Lebensmittel- und Getränkekonzerne erwirtschaften.¹¹

Für transnationale Konzerne wäre die völkerrechtliche Geltung von Freihandelsgarantien wie TTIP der ultimative Triumph, das Recht auf grenzenlosen Profit: ein grenzenloser Super-Markt, in dem freies Investieren, Export und Kapitalverkehr möglich wären, verbunden mit dem garantierten Schutz, seine gewünschten Investitionsgewinne notfalls auch einklagen zu können. Anstelle von zunehmenden demokratischen Einschränkungen durch Umweltbestimmungen, Verbraucherbedenken, Arbeitnehmerinteressen, kulturelle Werte oder den Schutz öffentlicher Allgemeingüter wären Einflussnahmen durch politische Entscheidungen mithilfe von kommerziellen Privatgerichten leicht abzuwehren.

Die UNO führt der Weltöffentlichkeit im Rahmen von Ernährungskonferenzen regelmäßig vor Augen, wie schonungslos brutal die neoliberale Wirtschaftsordnung der großen europäischen und US-amerikanischen Lebensmittelkonzerne (Monsanto, Walmart, Unilever, Nestlé, Cairns-Group, usw.) mit dem ‘Hunger’ in der Welt — der Ernährung, der Unterernährung, der Fehlernährung, der Übersättigung von Menschen — Geschäfte machen. Eine lukrative Quelle dieses Geschäftes ist Hühnchenfleisch.

¹¹ Jean Ziegler, zurzeit Mitglied des Menschenrechtsrates und ehemaliger Sonderbeauftragter des Rechts auf Nahrung, erläutert am Beispiel des transnationalen Konzerns Cargill, dem mächtigsten Getreidehändler der Welt, die Funktionsweise des “Hühnchen-Netzes”, das die totale Kontrolle und Eigentumslogik über die Nahrungskette sichert: “Cargill produziert den Phosphatdünger in Tampa, Florida. Damit düngt das Unternehmen seine Sojaplantagen in den Vereinigten Staaten und Argentinien. In firmeneigenen Fabriken werden die Sojabohnen zu Mehl verarbeitet. Mit Cargill-Frachtern das Mehl nach Thailand gebracht, wo es auf Hühner-Farmen im Besitz von Cargill an die Tiere verfüttert wird. In fast vollautomatischen Cargill-Betrieben werden die Tiere geschlachtet und ausgenommen. Cargill verpackt die Hähnchen. Cargills Flotte transportiert sie nach Japan, Amerika und Europa. Cargill-Lastwagen bringen sie schließlich in die Supermärkte, größtenteils ebenfalls Eigentum der Familien MacMillan und/oder Cargill, die 85 Prozent der Aktien des transkontinentalen Trusts besitzen. Auf dem Weltmarkt wirken die Oligopole mit ihrem ganzen Gewicht auf die Preisgestaltung der Nahrungsmittel ein.” Jean Ziegler, *Wir lassen sie verhungern. Die Massenvernichtung in der Dritten Welt*, 2012, 144f.; ders., *Die neuen Herrscher der Welt und ihren globalen Widersacher*, 2003.

Wenn die EU aus politischen Überzeugung in „gute und höhere“ (Merkel) Umwelt- und Verbraucherschutz-Standards mit ihrem Nein zu Chlorhühnchen auf den wachsenden Protest der europäischen Bürger reagiert, dann muss sie sich der Forderung nach einer insgesamt nachhaltigeren und fairen Wirtschaftsordnung nicht für immer verschließen. An sich spricht auch einiges für die Bestreben der EU-Kommission, die neuen Wirtschaftsvereinbarungen möglichst rasch zum Abschluss zu bringen. Erfahrungsgemäß brauchen solche Angelegenheiten allerdings ihre Zeit, bis alle demokratischen Instanzen durchlaufen sind. Schließlich lebt die weltpolitische Legitimität der zwischen den europäischen und nordamerikanischen Volkswirtschaften beschlossenen Handelsregeln einzig und allein von ihrer demokratischen Legitimation.

Und das eben ist, um es noch einmal zu betonen, wahrlich ein „Geschichtszeichen“ (Kant): Tagtäglich wird die kritische Masse an Menschen und demokratischen Initiativen größer, die genau dafür kämpfen und die sich seit Jahren mit allmählichem Erfolg gegen eine weitere Globalisierung des kapitalistischen Freihandels und des grenzenlosen Profits einiger Konzerne zu Wehr setzen. Inzwischen vergeht kaum ein Tag ohne eine kritische Berichterstattung über weitere geheimgehaltene oder unhaltbare Details des geplanten TTIP-Vertrags — mit dem Ergebnis, dass sich noch mehr Bürgerinnen und Bürger verbünden gegen den historisch einzigartig dreisten Angriff auf demokratische Selbstbestimmung, Rechte und menschliche Werte, die nicht zum Verkauf stehen.